



Wahlkampf und Haushalt

Linker Auftakt

Ausgelassen verbrachten mehrere Hundert Menschen im Verlaufe des Tages ihren Nachmittag auf dem traditionellen 1. Maifest der Linkspartei.PDS Pankow am Volkspark Friedrichshain. Wie die letzten beiden Sommer stand auch dieses Maifest ganz im Zeichen des Wahlkampfes. Das Fest bildete

diesen Wahlkampf mit linken Themen zu dominieren. Hierzu wurde ein Bezirkswahlprogramm auf der letzten Hauptversammlung vom 13. bis 14. Mai beschlossen. Im Vorfeld war man sich einig, dass den Wählerinnen und Wählern mit Eigenlob und erschöpfend langen Programmen nicht geholfen wird. Die Linkspartei in Pankow wollte daher explizit ein knappes, leichtverständliches Wahlprogramm verfassen, das vor allem die Ziele der nächsten fünf Jahre in den Vordergrund stellt. Eine herausragende Stellung nehmen hier eine stärkere Beteiligung der Bürger an politischen Entscheidungen, ein größerer Ausbau der Kulturwirtschaft – Kultur als Arbeitgeber – und eine Weiterentwicklung des Ortsteils Buchs als Gesundheits- und Wissenschaftsstandort ein. Die Erfolge der Linkspartei aus der letzten Legislaturperiode kommen natürlich auch nicht zu kurz. Herauszuheben sind hier die Verteidigung der Pankower Kulturlandschaft, die Attraktivität Pankows als Wohnort junger Familien sowie ein konsequentes antifaschistisches Engagement gegen Fremdenfeindlichkeit und

Intoleranz.

Eine ausgewogene Liste aus erfahrenen und neuen KandidatInnen wird versuchen, diese Ziele zu erreichen. An der Spitze geht die Linkspartei mit ihrem Team aus dem jetzigen Bezirkssamt ins Rennen. Bürgermeister Burkhard Kleinert und die Bezirksstadträtinnen Almuth Nehring-Venus und Christine Keil nehmen die ersten drei Plätze ein. Unterstützt werden die KandidatInnen im Bezirk von den DirektkandidatInnen zum Abgeordnetenhaus, darunter die Senatorin Heidi Knake-Werner und der Fraktionsvorsitzende Stefan Liebich.

Ein Wahlprogramm, das sich von dem anderer Parteien unterscheidet und eine Vielzahl guter KandidatInnen machen aber alleine noch keinen Wahlsieg. Nur wenn die Linke als Ganzes im Bezirk in Erscheinung tritt und eine Vielzahl von Menschen in den Wahlkampf eingebunden werden können, lässt sich auch in der nächsten Legislatur eine soziale Politik für alle Pankower durchsetzen.

Julian Plenefisch



mit prominenten Gästen wie Petra Pau, Klaus Lederer und Almuth Nehring-Venus für unsere Partei den diesjährigen Wahlkampfauftakt im Bezirk Pankow.

Als Regierungspartei sowohl im Land als auch im Bezirk stellt diese Wahl für die Linkspartei einen besonderen Meilenstein dar. Umso wichtiger ist es für unsere Partei,

Haushaltssperre

Unser Bezirksbürgermeister Burkhard Kleinert (Linkspartei.PDS) referierte auf dem April-Basistag zum Thema „Probleme und Aufgaben bei der Bewirtschaftung des Haushaltes in unserem Bezirk“. Wie bekannt, wurde der ursprünglich von der Bezirksversammlung Pankow beschlossene Bezirksplanentwurf für den Doppelhaushalt 2006/2007 vom Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses und vom Senat zurückgewiesen und die Auflage erteilt, ein Sanierungskonzept zu erarbeiten. Für Pankow wurde eine Haushaltssperre verhängt

und festgelegt, dass 2006 mit den Konsolidierungsanstrengungen zu beginnen ist. Denn: Pankow hat 31 Millionen Euro Altschulden. Der Fraktionsvorsitzende der Linkspartei.PDS in der BVV Michael van der Meer hat in extraDrei - November 2005 die Situation und die Zwänge des Bezirks in diesem Zusammenhang detailliert dargelegt.

Nach kontroversen Diskussionen beschlossen Linkspartei.PDS und SPD in der BVV im Interesse der Aufhebung der Haushaltssperre ein Sanierungskonzept für den Zeitraum 2006 bis 2009. Das Sanierungskonzept und

der auf seiner Basis stehende Ergänzungsplan stehen nun Mitte Mai im Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses zur Diskussion. Gespräche auf der politischen Ebene zwischen den Koalitionspartnern in Berlin sollen beitragen, für den Bezirk Pankow eine Lösung zu finden. Burkhard Kleinert hob die konstruktive Zusammenarbeit der Partner hervor, verwies aber darauf, dass sich auch künftig angesichts der extremen Haushaltsnotlage Berlins, die Situation für die Bezirke nicht entspannen wird.

Renate Tepper

Bilanz und Perspektive

Soziale Balance

extraDrei sprach mit der Senatorin für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz Heidi Knake-Werner (Linkspartei.PDS)

1. Im September finden Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus statt. Bist Du zufrieden mit den Ergebnissen Deiner Arbeit als Senatorin?

Das kann man weder mit Ja noch mit Nein beantworten. Es waren fast fünf Jahre intensiver Arbeit, in denen mir vieles gut gelungen ist. Aber es gab auch Entscheidungen, die mir schwer gefallen sind. Für mich ist eines ganz wichtig, Entscheidungen transparent zu machen, Alternativen zur Diskussion zu stellen, Ideen und Vorschläge der Betroffenen einzubeziehen. Wenn man so will: Ich will morgens ohne Groll in den Spiegel schauen können.

2. Die Armut in Berlin wächst. Worin siehst Du die Ursachen dafür und welche Möglichkeiten hast Du, die Probleme für Betroffene abzumildern?

Eine der entscheidenden Ursachen für die wachsende Armut ist die hohe Arbeitslosigkeit. Mit der Einführung von Hartz IV leben in unserer Stadt über eine halbe Millionen Menschen auf Sozialhilfeniveau. Alleinerziehende und Menschen mit Migrationshintergrund sind besonders davon betroffen. Auch die Zahl der Kinder, die in Armutsverhältnissen leben, steigt. Wir können die verfehlte Bundespolitik nicht ausgleichen, aber wir können in Berlin dafür sorgen, dass starke Schultern mehr tragen als Schwache. Und wir setzen uns dafür ein, dass ärmere Menschen in ihren Kiezen nicht ausgegrenzt werden, sondern am Leben teilnehmen können. Mit Stadtteilzentren, Selbsthilfeangeboten und sozialen und gesundheitlichen Beratungsstellen können wir die Lebenssituation von Betroffenen verbessern.

3. Hartz IV sind Bundesgesetze, die auch Berlin umzusetzen hat. Gibt es trotzdem Spielräume für eine linke Sozialpolitik?

Hartz VI haben wir als Linkspartei.PDS scharf kritisiert und dagegen protestiert. Verhindern konnten wir diese Gesetze jedoch nicht. Trotzdem haben wir die Spielräume in Berlin genutzt und haben mit sinnvollen Regelungen dafür gesorgt, dass die meisten Menschen nach dem Verlust des Arbeitsplatzes nicht auch noch ihre Wohnung wegen zu hoher Miete aufgeben müssen. Wir wollen, dass die Menschen in ihrem Kiez, bei ihren Freunden und Nachbarn bleiben können. Das Sozialticket der BVG macht sie mobil und mit dem 3-Euro-Ticket können sie sich auch einen Opernbesuch leisten.

4. Die Haushaltslage Berlins ist angespannt. Was ist im Sozialbereich zu befürchten, wenn es zu weiteren Einsparungen kommen sollte?

Die Gefahr ist, dass die soziale Balance in Schieflage gerät. Das wollen wir nicht. Wir haben die sozialen und gesundheitlichen Dienste so umgebaut, damit vor allem diejenigen Hilfe und Unterstützung bekommen, die sie am nötigsten haben. Das muss auch trotz knapper Kassen so bleiben.

5. Was wurde erreicht im Netzwerk Gesunder Städte?

Mit der Mitgliedschaft im Gesunde-Städte-Netzwerk haben wir uns u.a. verpflichtet, Gesundheitsförderung und Prävention zu einem Schwerpunkt unserer Gesundheitspolitik zu machen. Deshalb bin ich froh, dass wir im November 2005 die Landesgesundheitskonferenz gegründet haben, wo gemeinsam mit Ärzten, Krankenkassen und anderen Akteuren des Gesundheitswesens über konkrete Projekte – zum Beispiel die Förderung der



Kindergesundheit - entschieden wird. Auch mit dem Umbau des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) wird ein Schwerpunkt gesetzt, denn der ÖGD greift da, wo Gesundheitsbelastungen und Gefährdungen am größten sind.

6. Du kandidierst für die Abgeordnetenhauswahlen. Was nimmst Du Dir für Deine politische Zukunft vor?

Ich würde mich freuen, wenn ich meinen bisher eingeschlagenen Weg fortsetzen könnte. Dabei will ich mich verstärkt der Integrationspolitik widmen. Wir haben ein umfassendes Konzept dazu vorgelegt. Jetzt geht es darum, den Eingewanderten gleiche Chancen zur Mitgestaltung und Partizipation zu eröffnen. So schaffen wir ein solidarisches Zusammenleben im Kiez und unterstreichen die Weltoffenheit und Toleranz in unserer Stadt.

Interview: Klaus Flemming

Schulpolitik

Skandinavisch schlau

Nicht erst seit dem Pisa-Schock nimmt die Berliner Linkspartei. PDS das Thema Bildung ernst. Seitdem sie in der Stadt mitregiert, hat sich die Bildungslandschaft sichtbar gewandelt. So wurde ein

wurde eingeführt, die Horte in die Schulen integriert und die Angebote der Ganztagschulen ausgebaut. Trotz aller Fortschritte zeigen die Ereignisse an der Neuköllner Rütli-Schule entscheidende Schwachstellen des gegliederten Schulsystems auf. Insbesondere an Hauptschulen konzentrieren sich Schülerinnen und Schüler aus bildungsfernen und ärmeren Haushalten. Ihre Chancen auf eine Ausbildung oder einen Arbeitsplatz nach der Schule sind praktisch null. „Die Hauptschule ist, der Abschiebepädagogik des gegliederten Schulsystems folgend, zur Restschule verkommen.“ heißt es in einem Antrag an den 10. Landesparteitags der Linkspartei. PDS Berlin vom April diesen Jahres.

neues Schulgesetz beschlossen, das u.a. den Schulen größere Autonomie einräumt und durch die Einführung der flexiblen Schulanfangsphase dem unterschiedlichen Lerntempo der Kinder Rechnung trägt. Die verlässliche Halbtagsgrundschule

Dieses diskriminierende Schulsystem zu überwinden, ist Ziel des Konzepts „Berlin wird skandinavisch schlau“. Grundtenor dieser Konzeption ist: Berlin braucht eine Schule

nach skandinavischem Vorbild, die alle Kinder individuell fördert und keinen aufgibt. Deswegen tritt die Linkspartei. PDS für eine gemeinsame Schule vom 1. bis zum 10. Schuljahr ein, in der alle Kinder unabhängig von ihrer sozialen, kulturellen oder ethnischen Herkunft und unabhängig von einer Religionszugehörigkeit miteinander und voneinander lernen.

Ab dem Schuljahr 2011/2012 soll dieses neue integrative Schulsystem berlinweit gelten. Bis dahin können Schulen auf freiwilliger Grundlage erste Gestaltungsmöglichkeiten erproben. So ist zum Beispiel vorstellbar, dass Grundschulen sich entscheiden, Klassenverbände nach der 6. Klasse gemeinsam bis zur 10. oder sogar bis zur 12. Klasse „aufwachsen“ zu lassen. Phantasie und Engagement im Sinne der Entwicklung der Kinder ist gefragt.

Andreas Bossmann

Gewalt an Schulen

Seit längerer Zeit ist bekannt, dass die Gewalt an Schulen zunimmt. Beachtung wurde dem allerdings relativ wenig geschenkt. Erst nach dem Hilfeschrei der Rütli-Schule wurde man aufmerksam. Leider ist sie kein Einzelfall.

Obwohl es zwar von offizieller Seite heißt, dass sich die Gewalt an Pankower Schulen in Grenzen hält und nicht vergleichbar mit Brennpunkten wie Neukölln ist, herrschen trotzdem unhaltbare Verhältnisse an einigen Schulen. Zu einigen Realschulen im Bezirk Pankow muss die Polizei beispielsweise aufgrund von Schlägereien mehrmals pro Woche gerufen werden.

Eine weitere, oft übersehene Tatsache ist, dass sich Gewalt nicht nur auf die physische Ebene begrenzen lässt. Es wird geschätzt, dass etwa 20 bis 30 Prozent der Berliner Schüler auch von

psychischer Gewalt betroffen sind und das an jedem Schultyp. Das Problem dabei ist, wie Lehrer mit dieser Art von Gewalt umgehen, sie entweder nicht ernst genug nehmen oder sie gar nicht bemerken.

Ein Allheilmittel für das Gewaltproblem zu finden, scheint nahezu unmöglich zu sein, da die Aggressionen viele verschiedenen Ursachen haben.

Harte Sanktionen sind nicht die richtige Lösung, denn das schürt die Trotzhaltung und Aggressionen der Schüler. Die Jugendlichen müssen lernen, dass andere Schüler, auch wenn sie schwächer sind, ebenfalls Respekt verdienen. Allerdings muss ihnen auch gezeigt werden, dass sie respektiert werden. Die Zukunftsperspektiven für Jugendliche zu verbessern, ist wohl eine Utopie. Hingegen die Klassen zu verkleinern, damit der Lehrer sich mit den Schülern individuell

beschäftigen kann, läge im Bereich des Möglichen. Vielleicht würde auch eine andere Person, an die man sich wenden kann und die kein Lehrer ist, helfen. An einigen Pankower Oberschulen sind Jugendclubs angeschlossen, in die die Schüler nach dem Unterricht gehen können. Ein weiterer Vorschlag an die Politik wäre deshalb, Angebote für Jugendliche zu fördern, sie bekannter zu machen und die Aufwendungen für Kinder aus sozialschwachen Familien zu senken. Denn was könnte Aggressionen besser abbauen als ein Hobby und den Respekt gegenüber anderen zu fördern, als der Umgang mit verschiedenen Leuten, die einen gleichberechtigt behandeln?

Sandrina Koppitz
Vorstand des Bezirks-
schülerrats Pankow

Moscheebau in Heinersdorf

Ein Dorf und die Moschee

In den zurückliegenden Wochen ist ein heftiger Streit über den Bau einer Moschee im Ortsteil Heinersdorf entbrannt. extraDrei dokumentiert nachfolgend Meinungen zur Moschee.

„Es wäre unzulässig, wenn ihr Antrag aus politischen Gründen abgelehnt würde. Deshalb kann es keine ergebnisoffene Diskussion über die Rechtmäßigkeit und den Anspruch auf eine Baugenehmigung für eine Moschee in der Tiniusstraße 5 geben.“ (Bürgerbrief des Bezirksamtes und der BVV an alle Heinersdorfer im Mai 2006)

„Wir sind dagegen, dass einer islamischen Sekte..., die Möglichkeit eingeräumt wird, in Pankow-Heinersdorf unter dem Vorwand des Baus einer Moschee einen Kalifat-Stützpunkt zu errichten.“ (Interessengemeinschaft Pankow-Heinersdorfer Bürger im März 2006)

„Das Bild vom Islam, das durch die Medien vermittelt wird ist

negativ. Die Menschen hören nur von Zwangsheirat, Ehrenmorden und Terroristen. Wir sind friedlich integriert...“ (Imam der Ahmadiyya-Gemeinde Abdul Basit Tariq in taz vom 26. April 2006)

„Die Ahmadiyya ist den Behörden weder durch gewalttätige Aktionen noch durch aggressive Propaganda aufgefallen.“ (Claus Guggenberger Sprecher des Berliner Verfassungsschutzes in taz vom 26. April 2006)

„Ob es überhaupt in Heinersdorf oder in der näheren Umgebung Mitglieder des Vereins gibt, ist eher zweifelhaft ... Auf jeden Fall gibt es an dieser Stelle weder den Bedarf noch die Notwendigkeit für eine solche Einrichtung. (Rene Stadtkewitz, Vorsitzender der CDU-Pankow in einem Brief an die Heinersdorfer Bürger im März 2006)

„Da wird ernsthaft als Ablehnungsgrund vorgetragen, die Anhänger der kleinen



Religionsgemeinschaft wohnten nicht in Pankow. Kleinen Religionsgemeinschaften mit einer Mitgliedschaft, die über die ganze Stadt zerstreut wohnt, fänden bei dieser Argumentation nirgendwo einen Platz... In Pankow darf gebaut werden.“ (Eberhard Diepgen, Regierender Bürgermeister a.D., in BZ vom 29. April 2006)

„Der Senat hält ein Bürgerbegehren, mit dem ein Bezirksamt verpflichtet würde, einen Moscheebau aus grundsätzlichen Erwägungen zu unterbinden, für unzulässig, weil verfassungswidrig.“ (Innensenator Dr. Körting (SPD) vor dem Abgeordnetenhaus Berlin am 4. Mai 2006)

Gegen Intoleranz

„Vielfalt fördern und Zusammenhalt stärken“ heißt das von der Linkspartei.PDS initiierte Integrationskonzept des Berliner Senats. Darin geht es darum, unterschiedliche Kulturen und Kompetenzen der Menschen als wichtiges Potential zu nutzen. Für uns ist Integrationspolitik also keine Notlagenpolitik, sondern Gesellschaftspolitik in einer Einwanderungsgesellschaft.

Dabei setzen wir auch auf die zivilgesellschaftlichen Strukturen in den Bezirken und Kiezen der Stadt. Diese wollen unterstützen und ausbauen, weil sie den Kern des sozialen Zusammenhalts bilden. Schwerpunkte der Integrationspolitik sind Bildung, Ausbildung und Arbeit sowie politische und kulturelle Teilhabe.

Ein wichtiger Teil davon ist auch die freie Religionsausübung, wie sie im Grundgesetz festgeschrieben ist.

Als ich bei der von der Pankower Bezirksverordnetenversammlung geplanten Einwohnerversammlung

am 30. März in Heinersdorf war, hatte ich das Gefühl, dass sich dieser selbstverständliche Grundsatz noch nicht bei allen herumgesprochen hat. Die Versammlung wurde von Hunderten Anwesenden kurzerhand und tumultartig in ein Tribunal gegen einen Moscheebau und die anwesenden Vertreter der Ahmadiyya-Gemeinde verwandelt. Die Situation war bedrohlich, weil geschürt auch von NPD-Kadern, eine Progromstimmung den notwendigen Dialog unmöglich machte. Die aus der friedlichen Revolution in der DDR bekannte Parole „Wir sind das Volk“ klang fremdenfeindlich. Dass neben der NPD auch die CDU mit ihrem Spitzenkandidaten Friedbert Pflüger sich die Ressentiments der Anwohner gegen vermeintlich Fremdes auch noch zu Nutze machen will, straft alles Integrations-Gerede der CDU der Lüge.

Vielfalt fördern und Zusammenhalt stärken ist keine Parole, sondern eine tägliche Aufgabe für alle Men-

schen unserer Stadt, und sie gilt in jedem Kiez, auch in Heinersdorf.

Ja, Sorgen und Ängste von Menschen muss man ernst nehmen. Aber wer kann ernsthaft ein Problem damit haben, wenn neben einer evangelischen eine katholische Kirche, neben einer Synagoge eine Moschee steht. Sie alle gehören zu Berlin.

Nein, wir dürfen unter dem Deckmantel von Bürgerbeteiligung keine rechtsfreien Räume zulassen, wo schon das Baurecht und noch dazu die Verfassung in Frage gestellt werden. Fremdenfeindliche Kampagnen sind das Gegenteil von Dialogfähigkeit und der Wahrnehmung von Bürgerrechten.

Die Linkspartei.PDS wird weiterhin mit denen, die Argumente austauschen wollen, das Gespräch suchen, aber der Intoleranz und Islamphobie eine klare Absage erteilen.



Marion Seelig
Abgeordnetenhaus

Parteitage

„8 Euro Mindestlohn.“



Am 29. und 30. April fand in Halle die erste Tagung des 10. Bundesparteitages der Linkspartei. PDS statt. Auf der Agenda stand die Neuwahl des Bundesvorstandes. Mit der Wiederwahl von Lothar Bisky als Parteivorsitzenden setzte der Parteitag auf personelle Kontinuität. In Anbetracht der geplanten Fusion mit der WASG bis Sommer 2007, war wenig anderes zu erwarten. Mit der neuen stellvertretenden Bundesvorsitzenden Katina Schubert und der Berliner Abgeordneten Elke Breitenbach finden sich im Vorstand auch zwei Mitglieder unseres Berliner Landesverbandes.

Mit Spannung und ein wenig Sorge wurde von Halle nach Ludwigshafen geschaut. Dort tagte zeitgleich der Bundesparteitag der WASG. Zur Abstimmung stand u.a. das Kooperationsabkommen mit der Linkspartei. PDS. Außerdem

diskutierten die Delegierten der WASG über den Umgang mit ihren Verbänden in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern, die bei den kommenden Landtagswahlen gegen uns antreten wollen. Per Handy und SMS hielt man sich gegenseitig auf dem Laufenden.

Am Samstag gegen 22 Uhr kam die erlösende Nachricht aus Ludwigshafen: die Delegierten der WASG stimmten für die Parteifusion. Darüber hinaus beschlossen sie, ihren Vorstand zu beauftragen, Schritte gegen den konkurrierenden Wahlantritt einzuleiten. Das wichtigste Signal beider Parteitage: der Weg ist frei für eine neue Linke in Deutschland!

Natürlich wurde auch über zahlreiche andere Themen beraten. Linkspartei. PDS und WASG berieten und beschlossen auf ihren Parteitagen gleichlautende Anträge zur Durchführung einer

Kampagne für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes in Deutschland. Unterstützung erfuhr der Parteitag dabei u.a. vom DGB, der ebenfalls dafür streitet. In einer vielbeachteten Rede bot uns der Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten, Franz Möllenberg, im Namen des DGB die Zusammenarbeit bei dieser Kampagne an.

Mit unserem Eintreten für den gesetzlichen Mindestlohn zeigen wir: Die Politik, mit Lohnsenkungen Arbeitsplätze zu schaffen, ist gründlich gescheitert. Wir setzen ein deutliches Stoppzeichen gegen Lohndumping, um die ständige Abwärtsspirale zum Stillstand zu bringen. Weitere Infos dazu unter www.8euro.de.

Gernot Klemm
Delegierter

Gemeinsam sind wir Stadt

Am 6. Mai verabschiedete die Berliner Linkspartei. PDS nach ganztägiger Debatte ihr Wahlprogramm. Von den rund 120 Delegierten stimmten nur zwei Genossen gegen das Programm, sechs weitere enthielten sich.

Unter dem Motto „Gemeinsam sind wir Stadt“ beschreibt die Linkspartei ihre Projekte für die kommende Legislaturperiode 2006 bis 2011. Dabei lehnt sie die Privatisierung von kommunalen Wohnungen genauso ab wie die Einführung von Studiengebühren. Bei den (teil)privatisierten Betrieben wie beispielsweise den Wasserbetrieben strebt die Linke einen stärkeren Einfluss der Stadt in den Aufsichtsgremien an.

Zentraler Schwerpunkt des Wahlprogramms ist die Bildungspolitik. Carola Bluhm, Vizefraktionschefin der PDS im Abgeordnetenhaus, sagte dazu: „Das bisherige Schulsystem bringt schlechte Leistungen und schafft soziale Ungerechtigkeit“. Deshalb will die Linke mit „Berlin wird skandinavisch schlau“ Schritte zu einem integrativen Schulsystem gehen, in dem alle Schüler bis zur



10. Klasse gemeinsam lernen. Spitzenkandidat Harald Wolf, derzeit Wirtschafts- und Arbeitssenator, forderte in seiner Rede die Umwandlung von Ein-Euro-Jobs in sozialversicherungspflichtige Stellen. Statt Arbeitslosigkeit soll Arbeit finanziert werden. So könnte für mehrere zehntausend Arbeitslose ein Job im öffentlichen Beschäftigungssektor entstehen.

Darüber hinaus will die Linkspartei

auch weiterhin Zwangsumzüge von ALG II-Empfängern verhindern. Sozialsenatorin Heidi Knake-Werner warb zudem in ihrer Rede für die Einführung eines 18-Euro-Tickets für sozial Schwache und damit für ein noch billigeres Sozialticket. Für die Linke ist die Privatisierung von Vivantes weiterhin tabu.

Mit großer Mehrheit wurde ein Vorschlag der Kommunistischen Plattform zurückgewiesen, einen Absatz zum Geschichtsbild der Partei im Wahlprogramm zu streichen, in dem eine kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit gefordert wird.

Ziel der Berliner Linken ist, dass keine Partei ohne sie regieren kann. So warb Spitzenkandidat Wolf für eine Fortsetzung der rot-roten Koalition. Landeschef Klaus Lederer sagte dazu: „Die PDS ist das soziale Gewissen der Stadt“. Dies findet auch deutlich Niederschlag im beschlossenen Wahlprogramm.

Sandra Brunner,
Delegierte

Aus dem Bezirk

Alltag

■ Migranten-Wegweiser

Ein Wegweiser für Migranten ist jetzt erschienen. Das kostenlose Heft ist in den Bürgerämtern des Bezirkes erhältlich.

■ Familienfreundlicher Betrieb

Der Preisträger des Wettbewerbs „Familienfreundlicher Betrieb Pankow 2006“ ist die Advivendum Roy&Utke Pflege GmbH aus dem Ortsteil Karow. Der Wettbewerb geht auf eine Initiative des Pankower Frauenbeirates zurück und wird jährlich ausgelobt.

■ DVD „Welcome...“

Das Tourist Information Center (TIC), Pankow hat eine DVD für den Bezirk erstellt. Die DVD bietet in deutscher und englischer Sprache einen Überblick über den Bezirk und vermittelt Wissenswertes zu Sehenswürdigkeiten und Erlebnisangeboten.

Stadtbad passé?

Dies weiß zurzeit niemand. Die Situation um die traditionelle Badeanstalt in Prenzlauer Berg ist recht verworren, „aber nicht hoffnungslos“, wie der Architekt Herr Bremen vom Vorstand der Genossenschaft Stadtbad Oderberger Str. e. G. meint.

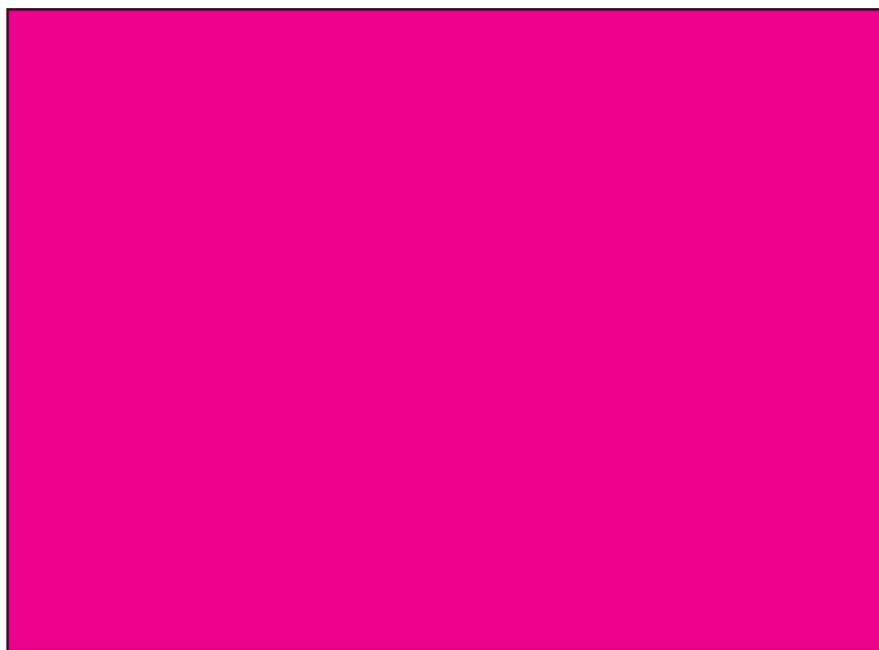
Nach Schließung des Bades 1986 engagierte sich ab 1990 eine Bürgerinitiative für den Erhalt des denkmalgeschützten Gebäudes und die Wiederaufnahme des öffentlichen Badebetriebes. Daraus folgend gründete sich die Genossenschaft, die jetzt über 1150 Mitglieder zählt. Man erstellte ein umfassendes Konzept und erwarb Anfang 2002 das Bad. Seitdem betreibt diese rührige Genossenschaft das Haus, zahlt Zinsen, wirbt überall um Unterstützung und kämpft hartnäckig seit nunmehr sechzehn Jahren für ihre Ziele.

„Wir sind von wohlmeinenden Befürwortern des Stadtbades förmlich umzingelt.“ Sagt schmunzelnd der Mann vom Vorstand, aber es fehlen insbesondere fünf Millionen aus EU-Mitteln bei veranschlagten 16,5 Millionen Gesamtkosten für die Instandsetzung des Bades. Ein renommierter Betreiber stände nach diesem Anschub bereit, um in eine moderne Ausstattung zu investieren.

Im Herbst vorigen Jahres schien alles klar zu, tauchte doch plötzlich ein EU-Fördertopf mit

eben diesen fünf Millionen Euro auf. Nach vielem hin und her empfahl letztlich die Senatorin für Stadtentwicklung Ingeborg Junge-Reyer (SPD) die Mittel für das Bad nicht auszuteilen. Seitdem

Vision „vom Wasser ins alte renovierte Becken“, in dem so viele Generationen von Schulkindern damals das Schwimmen erlernten. Es ist weiter erforderlich, dass sich wie bisher Die Linkspartei.PDS



Foto

scheint es Konsens bei der Senats-SPD zu sein, keine öffentlichen Fördergelder an ein privates Projekt vergeben zu wollen.

Für die Linkspartei.PDS ist das nicht nachvollziehbar. Es gibt nun nach all dem Weh uns Ach eine letzte Hoffnung für das Bad. Es interessiert sich dafür neuerdings die „Stiftung Denkmalschutz Berlin“. Die Genossenschaft kämpft hingegen weiter für ihre

engagiert für das Bad einsetzt und politisch Druck macht. Denn noch ist das böse Wort der Senatorin nicht vom Tisch über den möglichen Abriss des Stadtbades.

extraDrei bleibt weiter am Thema dran und wird weiterhin informieren.

Hans-Joachim Wagner

Das Letzte

Regiere mit

Dastaunt der Laie und der Fachmann wundert sich – die Hauptstadt-CDU entdeckt die DDR. Jahrelang kein gutes Wort über die „Ost-Zone“ und nun dass: „Plane mit, arbeite mit, regiere mit“ als Losung auf Postkarten. Der Satz hatte zu DDR-Zeiten immerhin Verfassungsrang

Rechte der Bürger ging. Weiß Gott starker Tobak sagt sich da unser Walter Ulbricht und dreht sich glatt im Grabe um. Die Ossis wollen nichts mehr von ihm wissen, aber der Genosse Friedbert Pflüger von der Basisgruppe Hannover holt den Ladenhüter wieder raus und will damit im Sturm die Herzen der roten Socken zwischen Panke und Wuhle erobern.

Aber Friedbert Ulbricht ist die Losung doch nicht ganz geheuer, weiß er doch, dass das damals schon nicht so richtig geklappt hat. Mitarbeiten mussten alle, planen schon weniger und mitregieren.... Na, da hatten dann die leitenden Genossen reichlich was dagegen. Bis es dem Volke zuviel wurde und 1989 kurz mal mitregiert hat. Deswegen wiegelt unser Walter Pflüger gleich wieder ab. Die Union will doch nur mit den Ost-Berlinern locker ins Gespräch kommen und - man höre und

staune – die Lebensleistung von uns Ossis richtig Klasse finden. Aber um Himmelswillen, sagt sich der Waltbert insgeheim, bloß keine direkte Demokratie. Das kann die Wilmersdorfer Witwe ganz und gar nicht ab. Es sei denn in Heinersdorf, um mal locker die Moschee wegzuputtschen. Da wird dann schnell mal eben die Religionsfreiheit über Bord geworfen und den aufgebrachten Leuten erzählt, wer sich gegen Muslime nicht wehrt, der lebt verkehrt. Und so stellt sich der Umpflüger an die Spitze der Bewegung, ruft zu den Waffen, will sagen zum Bürgerentscheid und gaukelt damit wider besseren Wissens allen Heinersdorfern vor, sie könnten volle Pulle mitregieren. Wenn das mal kein Rohrkrepiere wird mit dem Mitregieren!



und stand in Artikel 21, nämlich dort wo es um die Pflichten und

kommen und - man höre und

Ossi-Bossi

WANNWOWASWANNWOWASWANN

29. Mai

18 Uhr

Öffentliche Sitzung der Fraktion Die Linke.PDS in der BVV Pankow, Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 129

1. Juni

19.30 Uhr

Sitzung des Bezirksvorstandes, Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76

3. Juni

14 Uhr

„Fete bei Käthe“, Kinderfest auf dem Kollwitzplatz zum Kindertag

7. Juni

18 Uhr

Die Linke.PDS vor Ort: „Buch - Stadt im Zentrum, Lebensqualität am Wissenschafts- und Gesundheitsstandort“
Wirtschaftsstadträtin Almuth Nehring-Venus und Marian Krüger, Mitglied des Abgeordnetenhauses und Direktkandidat diskutieren mit BürgerInnen über die Zukunft von Buch,

Cafe Kunstpause, Künstlerhof, Alt-Buch

10./11. Juni

10 Uhr

LandesvertreterInnenversammlung der Linkspartei.PDS Berlin, Aufstellung der KandidatInnen der Linkspartei.PDS für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus am 17.09.2006, Hotel maritim, Saal Berlin, Stauffenbergstraße 26 (Tiergarten)

15. Juni

19.30 Uhr

Sitzung des Bezirksvorstandes, Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76

16./18. Juni

Weißenseer Blumenfest

Park am Weißen See.

Kommen Sie die Linke.PDS am Infostand besuchen.

19. Juni

18 Uhr

Öffentliche Sitzung der Fraktion Die Linke.PDS in der BVV Pankow, Fröbelstraße 17, Haus 7,

26. Juni

18 Uhr

Öffentliche Sitzung der Fraktion Die Linke.PDS in der BVV Pankow, Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 129

22. Juni

18 Uhr

Basistag der Linkspartei.PDS Pankow, Schwerpunkt Wahlvorbereitung, Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76

28. Juni

17.30 Uhr

Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV), Fröbelstraße 17, Haus 7, BVV-Saal

3. Juli

19.30 Uhr

Sitzung des Bezirksvorstandes, Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76

31. Juli

19.30 Uhr

Sitzung des Bezirksvorstandes, Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76

Impressum

Herausgeber:

Die Linke.PDS
Bezirksvorstand Berlin Drei

Kopenhagener Straße 76 in 10437 Berlin
Fon 44 01 77 80 – Fax 44 01 77 81

www.pds-berlin-drei.de
eMail: redaktion@pds-berlin-drei.de

V.i.S.d.P.:

Gernot Klemm

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 22. Mai 2006
Druck: double express Auflage: 9.500

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und Stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt.

Das Blatt wird durch Spenden finanziert.

Spenden können eingezahlt werden direkt in der Geschäftsstelle bzw. in einem der Kiezbüros oder auf folgendes Konto: 43 84 81 68 00 bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Verwendungszweck: 810-505.

Diese Spende ist Steuerlich absetzbar. Damit wir entsprechende Bescheinigungen für das Finanzamt ausstellen können, benötigen wir Name und Anschrift des Spenders / der Spenderin.